|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **Mitschrift**  **WIR – Wirtschaft und Recht** | | | |
|  | **Übungsdatum:**  KW 36/2022 –  KW /2023 | **Klasse:**  4AHIT | **Name:**  Felix Schneider |
| **Abgabedatum:**  - | **Gruppe:**  WIR | **Note:** |
| **Leitung:**  Alfred KUBI´CA | **Mitübende:**  - | | |
| **Übungsbezeichnung**:  Mitschrift Wirtschaft und Recht | | | |

**Inhaltsverzeichnis:**

[1 Mitschrift des Professors 3](#_Toc113357308)

[1.1 Rechtsordnung 3](#_Toc113357309)

[1.1.1 Stufenbau der Rechtsordnung 3](#_Toc113357310)

[1.1.2 Sachverhalt 4](#_Toc113357311)

[1.1.3 Tatbestand 4](#_Toc113357312)

[1.1.4 Subsumtion 4](#_Toc113357313)

[2 Eigene Mitschrift 5](#_Toc113357314)

[2.1 Rechtsordnung 5](#_Toc113357315)

[2.1.1 Stufenbau der Rechtsordnung 5](#_Toc113357316)

# Mitschrift des Professors

## Rechtsordnung

### Stufenbau der Rechtsordnung

Die einzelnen Stufen sind von oben nach unten aufgelistet.

#### Leitende Verfassungsgesetze

Grundsätzlichen Entscheidungen, die nur für die Nationalität selbst entschieden werden können.

Zum Beispiel:

* Gewaltentrennung
* Rechtsform des Staates

#### EU-Rechts

Diese Entscheidungen werden von der EU bestimmt.

Hin und wieder sind EU und eine Nation sich nicht einig, ob ein Gesetz ins EU-Recht oder die leitenden Verfassungsgesetze fällt. Somit streiten sich diese, welche

Für alle Mitgliedstaaten bindend (Internationales Recht ins nationales Recht umsetzen) mit einer bestimmten Umsetzungsfrist (ca. 2-4 Jahre). Österreich ist manchmal etwas hinterherhinkend und darf deswegen einige Male Strafzahlungen an die EU zahlen. Die EU gibt das Recht also nur verpflichtend vor, die einzelnen Mitgliedsstaaten „dürfen“ diese Rechte dann im Land umsetzen.

#### Bundesverfassung

Handlungen, die im gesamten Land / gesamten Nationalität durchgeführt werden. Diese werden nicht von der EU vorgegeben.

#### Landesverfassung

Es kommt nicht darauf an, wo du herkommst, sondern wo du bist.

Zum Beispiel:

* Alkoholkonsum im Jugendschutzgesetz nur in einem Bundesland spezifisch anders geregelt.
* Ausgezeiten für Schüler in manchen Bundesländern (Kärnten) stärker geregelt.

#### Einfache Gesetze

Werden im Nationalrat abgestimmt und werden vom Bundesrat zugestimmt.

Der Nationalrat besteht aus 183 NationalrätInnen (Mandate). Diese Sitze werden aufgeteilt, je nach dem, wie viele Prozent bei einer Wahl herauskommen. Allerdings zählen nur die gültigen Stimmen. Es werden immer alle 183 Nationalratplätze vergeben.

Jedes Bundesland schickt den Bundesrat. Der Bundesrat wird benötigt, damit die Länder auch vertreten werden.

Alles was nicht in diesem Bereich der Gesetzgebung fällt, wird vom Landesrat besprochen.

#### Verordnungen

Verordnungen haben eine kürzere Vorlaufzeit, sie müssen nicht von Nationalrat oder anderen Räten beschlossen werden. Zum Beispiel kann der Bundesminister direkt eine Verordnungen herausgeben.

Meistens haben Gesetzen noch Interpretationsspielraum, deswegen können Verordnungen Gesetze spezifischer beschreiben.

#### Einzelfallentscheidungen

= Gericht

### Sachverhalt

die (tatsächlichen) Umstände, der genaue Stand der Dinge; das tatsächlich Geschehene

### Tatbestand

Gesetzliche Grundlage; Niemand kennt alle Gesetze; Nachschlagewerk: RIS (Rechts Informations System)

### Subsumtion

Unterordnung eines Sachverhalts unter den Tatbestand einer Rechtsnorm.

* Rechtsfolgen (Sanktionen); quasi Anzeige
* Rechtsmittel gegen Sanktionen einbringen (Einspruch)

### Lohnsteuer

Wird automatisch vom Bruttogehalt abgerechnet. Kann aber Einspruch erhoben werden, wenn man zum Beispiel in einer bestimmten Berufsgruppe tätig ist oder private Rentenvorsorge betreibt. Dann müssen diese Faktoren in der Lohnsteuer nicht mehr miteinberechnet werden.

### Privatrecht

Man muss selbst aktiv werden, damit der Sachverhalt vor Gericht besprochen wird. Z.B.: Wenn du verprügelst wird, musst du die Menschen anzeigen, die das getan haben. Schau selbst, dass du zu deinem Recht kommst.

### Strafrecht

Die Behörde wird von sich aus aktiv. Du bist zu schnell mit dem Auto gefahren.

# Eigene Mitschrift

## Rechtsordnung

### Stufenbau der Rechtsordnung

Der vom österreichisch-amerikanischen Juristen Hans Kelsen geprägte Begriff des Stufenbaus der Rechtsordnung bezeichnet das System von Normen, die je durch Normen einer höheren Stufe erzeugt sind. Kelsens Konzept basiert seinerseits auf Arbeiten von Adolf Julius Merkl.

Nach Kelsen könnte der Stufenbau der Rechtsordnung beispielsweise so aussehen:

* Die höchste positiv-rechtliche Norm einer Rechtsordnung, die (historisch erste oder revolutionär geschaffene) staatliche Verfassung, regelt die Erzeugung
* der Gesetze, diese regeln die Erzeugung
* der Rechtsverordnungen, Gerichtsurteile und Verwaltungsakte.

Der Geltungsgrund der Verbindlichkeit einer Rechtsordnung kann nicht in einer "positiv-rechtlichen" Norm gefunden, sondern nur als Grundnorm dieser Rechtsordnung vorausgesetzt werden.

Auf den Stufenbau der Rechtsordnung gründet sich die Vorstellung einer Normenhierarchie.

Ein Bild, das Tisch enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

#### Die Kompetenzenordnung als Rückgrat der widerspruchsfreien Ordnung des Rechts

Das Rückgrat der widerspruchsfreien Strukturierung einer staatlichen Rechtsordnung liegt in der rational abgestuften Ordnung der rechtlichen Regelungsbefugnisse (Kompetenzen):

Kompetenzen eröffnen rechtliche Gestaltungsspielräume: Vorschriften zu erlassen, konkrete Pflichten zu begründen und Kompetenzen weiter zu übertragen. So begründet die Verfassung die Kompetenzen des Gesetzgebers; Gesetze begründen die Kompetenzen der Verordnungsgeber. Auch pflichtenbegründende oder -ändernde Einzelakte bedürfen einer rechtsgültigen Ermächtigung, um rechtswirksam zu sein. Das gilt nicht nur für Rechtsprechungs- und Verwaltungsakte, sondern auch für Akte der Privatautonomie; hier liegt eine Ermächtigung z. B. in dem Recht, durch Abschluss eines Vertrages konkrete Rechtspflichten für sich und den Vertragspartner zu begründen (§ 311 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Der Rangordnung der Kompetenzen entspricht eine Rangordnung der Vorschriften, die auf dieser Grundlage erlassen werden. Eine Rechtsnorm, die einer höherrangigen Norm widerspricht, ist ungültig; gleichrangige Normen, die sich widersprechen, sind es ebenfalls. So ist auch insoweit dafür gesorgt, dass Rechtspflichten nicht einander widersprechen.